

APO-Analyse der Landtagswahl: Die Resignierten, die Folgsamen und die Opposition

Mona Aranea, Sprecherin der außerparlamentarischen Opposition (APO) Düsseldorf

Der Welt-Artikel über das „ehrliche Ergebnis“ der NRW-Landtagswahl zeigt deutlich das Ausmaß der politischen Resignation im Land, unterschlägt aber die Stabilität politischer Folgsamkeit gegenüber den Regierungsparteien sowie die Spaltung der Opposition. Die politische Zukunft unseres Landes wird verändern, wer den vielen Resignierten eine machtvolle kollektive Stimme gibt - in den Parlamenten, in den Gerichten und auf der Straße.

Die Wahlanalyse der Welt¹ leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Aufklärung über die Machtverhältnisse im Land. Die Welt rechnet die Nichtwähler in das Wahlergebnis mit ein und identifiziert sie damit als eigene politische Kraft. Die Resignierten, also die Menschen, die ihr Wahlrecht nicht nutzen, bilden mit rund 44 Prozent aller Wähler tatsächlich eine signifikant große Wählergruppe. Stärkste Kraft im Land und damit klare Wahlgewinner sind allerdings andere. Die Folgsamen, also die Menschen, die weitgehend inhaltsunabhängig ausschließlich Parteien mit Aussicht auf Regierungsbeteiligung wählen, bilden mit rund 45 Prozent aller Wahlberechtigten weiterhin knapp die größte Wählergruppe. Auch unter Berücksichtigung der Nichtwähler entfielen gemäß den Berechnungen der Welt erhebliche Stimmanteile auf die aussichtsreichen Regierungsparteien CDU (20 Prozent), SPD (15 Prozent) und Grüne (10 Prozent). Übrig bleibt eine schwache Riege von Oppositionsparteien, die ohne Machtoption zwischen fünf und sechs Prozent Wähleranteil dümpeln. Die Opposition ist neben der politisch isolierten AfD (3,1 Prozent) zersplittert in zahlreiche sonstige Parteien (3,4 Prozent). Die dreigeteilte Wählerlandschaft ist der Schlüssel zum Verständnis einer Gesellschaft, in der es immer weiter geht wie bisher, obwohl immer offensichtlicher wird, dass es so nicht weitergehen kann.

Die Resignierten werden mehr. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl ist die Wahlbeteiligung von 65 Prozent auf 56 Prozent gesunken. Die Resignierten sehen ihre Interessen von denen, die in ihrem Namen in den Parlamenten sprechen, weder wahrgenommen noch vertreten und verweigern konsequenterweise die „Abgabe“ ihrer Stimme. Rein empirisch liegen die Resignierten vollkommen richtig. Sozialforscher am renommierten Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln wiesen bereits vor einigen Jahren wissenschaftlich nach, was die Resignierten ahnen und spüren: die Entscheidungen des Bundestages spiegeln überwiegend die ökonomischen Interessen der obersten Einkommensgruppe wieder, also der besonders wohlhabenden Deutschen, und repräsentieren eher selten die Interessen der unteren Einkommensklassen.² Die Resignation der Nichtwähler ist berechtigt und nagt gehörig an der Legitimität des demokratischen Systems. Dieser Legitimitätsverlust mag die Resignierten moralisch stärken, bleibt aber ohne Konsequenzen für die politisch Verantwortlichen wie für Finanz- und Konzerneliten im Hintergrund.

Die Resignierten sind so zahlreich wie einflusslos. Nichtwähler irren, wenn sie glauben, ihre Wahlverweigerung wäre ein Tritt vor das Schienbein der Finanziers und Rentiers von Big Pharma, Big Tech, Big Commerce und Big War. Die von Großkonzernen und ihren Anteilseignern umgarnten Lobbyisten in unseren Parlamenten fragen nicht nach der demokratischen Legitimation von Parteien, Fraktionen und Ausschüssen, während sie sie für ihre Zwecke nutzen. Diese Menschen sind deshalb an den Schalthebeln der Macht, weil sie das demokratische Spiel nach ihren Regeln zu spielen wissen. Die Resignierten spielen nicht mit. Vielleicht sind die Resignierten einfach Realisten, die keine unnütze Energie auf korrupte Parteien und inhaltsleere Wahlkampagnen verschwenden. Die Resignierten müssen sich aber die Frage gefallen lassen, warum sie sich damit begnügen, vereinzelt und ohne Einfluss zu sein, obwohl sie alle gemeinsam die zweitgrößte Wählergruppe im Land stellen, in ihrer Zahl nur noch knapp übertroffen von den Folgsamen.

1 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article238775877/Wahlbeteiligung-Fiktive-Partei-der-Nichtwaehler-deutlich-staerkste-Kraft.html?icid=search.product.onsitesearch>

2 Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2017) „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27(2), 161-180.

Die Folgsamen bleiben die größte Wählergruppe, auch unter Einberechnung der niedrigen Wahlbeteiligung. Die Folgsamen werden nicht unbedingt mehr, aber sie werden folgsamer. Die Regierungsparteien leisten sich korrupte Maskendeals, eine wissenschaftsferne hetzerische Impfdebatte und nun eine kriegerische Eskalation mit Russland, dem größten Flächenland der Erde. Die Folgsamen folgen treu dem Pfad der Konformität bis hin zur Absurdität und ohne jeden Sicherheitsabstand zum atomaren Abgrund. Die Gruppe der Folgsamen kratzt sogar an einer absoluten Mehrheit, rechnet man die im Reden oft oppositionellen aber im Handeln stets linientreuen Absteiger FDP (3,1) und Linke (1,2) mit ein. Freidemokraten und Linke bieten ihren Wählern an, sich rebellisch zu fühlen, ohne es sein zu müssen. Den meisten Folgsamen ist selbst das zu ungemütlich. Die Folgsamen sind Opportunisten – sie wollen nicht mitreden, sondern mitlaufen und dazugehören. In verfassungsfeindlichen Zeiten bilden die Folgsamen die „extreme Mitte“: für sie sind Krisen Zufall und wir nehmen sie, wie sie kommen, eine nach der anderen, denn nichts hängt mit irgendetwas zusammen.³ Überzeugte Folgsamkeit lässt sich auch durch den Hinweis, dass eine Mehrheit kein Argument ist, nicht beeindruckt.⁴ Die Folgsamen fühlen sich im Recht. Das genügt.

Die Opposition, die zusammen genommen immerhin 5,5 Prozent aller Wahlberechtigten repräsentiert, besteht aus den kleinen bis mittelgroßen Parteien, die ohne jegliche Aussicht auf Machtbeteiligung in so ziemlich allen Themen, oder in bestimmten Themen, allein auf weiter Flur stehen. Die bei ihren Wählern etablierte wenn auch gesellschaftlich geächtete AfD ist mit einem Stimmenanteil von 3,1 Prozent auch nach der „ehrlichen“ Berechnung der Welt klare wenn auch schwache Oppositionsführerin. Neben ihr teilen sich fast dreißig sonstige Parteien einen ziemlich mageren Wähleranteil von 3,4 Prozent. Unter den Sonstigen sind viele überzeugte Einthemenparteien wie die Tierschutzpartei oder die ÖDP, wenige bewegungsnahe Regierungskritiker wie dieBasis oder Team Todenhöfer, und isolierte systemkritische Provokateure wie die MLPD. Die Riege der Oppositionsparteien ist gespalten. Trotz ausbleibender Machtoption resignieren die Wähler dieser Parteien nicht und folgen auch nicht dem Einheitsbrei der Regierungsparteien oder ihrer pseudo-liberalen bis pseudo-linken Anhängsel.

In den Parlamenten bleibt die Opposition einflusslos, wenn auch nicht unsichtbar. Die einzige im Landtag präsekte Oppositionspartei hängt fest in einem Teufelskreis. Solange der rechtsextreme Rand der Gesellschaft in der AfD eine Bühne findet, tut die bürgerliche Mitte gut daran, Abstand zu halten. Solange die bürgerliche Mitte Distanz zur AfD hält, überlässt sie die Partei der kleinen aber gemeinen identitären Szene rund um Matthias Helferich, MdB und Mitglied des Landesschiedsgerichts in NRW.⁵ Der fachlich versierte Maßnahmenkritiker und Mediziner Dr. Martin Vincentz (MdL) erntet den Zuspruch der außerparlamentarischen Opposition trotz, nicht wegen seines AfD-Parteibuchs. Er bleibt eine Ausnahme in einer insgesamt ziemlich bewegungsfernen Partei. Die aus der maßnahmenkritischen Bewegung entstandene Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) vernetzt überall Oppositionelle, schaffte aber bei der Landtagswahl nicht den Sprung ins Parlament. Der außerparlamentarischen Opposition fehlt eine geeinte verfassungstreue parlamentarische Vertretung. Dies wird auf absehbare Zeit so bleiben, ob durch Mangel an Führungspersönlichkeiten oder aufgrund gezielter Zersetzung. Derweil werden die Folgsamen folgsamer und die Resignierten resignierter.

³ Wolfgang Streeck (2020) Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen: die extreme Mitte als Klassenbasis des gescheiterten Konsolidierungsstaats, in Ali T u.a. (Hrsg.) Die extreme Mitte. Wer die westliche Welt beherrscht. Eine Warnung. Wien: Promedia.

⁴ Ulrike Guérot (2022) Wer schweigt stimmt zu, S. 42.

⁵ Der AfD-Bundestagsabgeordnete bleibt wegen rechtsextremer Agitation von der Bundestagsfraktion ausgeschlossen. Matthias Helferich versuchte mehrfach, sich mit wechselnden identitären Gruppierungen, darunter die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative, an die Spitze des maßnahmenkritischen Demonstrationszuges in Düsseldorf zu setzen. Allen Gruppierungen gemein war ihre Fokussierung auf Nationalflaggen und eine aggressive Gesprächsverweigerung gegenüber Ordnern und Organisatoren der Kundgebung.

Die Gerichte sind die einzige institutionelle Arena, in der die Opposition ihre sachlichen und fachlichen Argumente vorbringen kann, solange die Medien oppositionelle Inhalte weitgehend ausblenden und die Folgsamen die Parlamente dominieren. In den Gerichten weht den Handlangern der Regierungsparteien der Gegenwind der Grundrechteverteidiger entgegen. Wir brauchen Juristen wie Beate Bahner, die Ärzte für die Diskriminierung russischer Patienten vor Gericht verklagt und öffentlich anklagt, oder wie Prof. Martin Schwab, der öffentlich den Rücktritt des befangenen obersten Verfassungsrichters Harbarth fordert. Die politische Wende in diesem Land können aufrechte Juristen allein nicht bewirken, denn ihre Stimme der Vernunft bleibt ausgeschlossen aus unseren Parlamenten wie aus dem leitmedialen Diskurs.

Die vielversprechendste Machtdynamik der Demokratiebewegung liegt in der kollektiven Mobilisierung auf der Straße. Da alle Regierungsparteien die altersgruppenbezogene Impfpflicht wollten (und weiterhin wollen), erklärt sich ihre (bis dato) Verhinderung allein aus dem massiven zivilen Protest auf der Straße. Die außerparlamentarische Opposition muss diesen Weg weiter gehen und weiterhin zentrale und dezentrale Orte als Bühne für ihre Aufklärungsarbeit nutzen. Der Protest gegen die verfassungsfeindliche Pandemiopolitik und die Kritik an selbstzerstörerischen NATO-Kriegen führen Demokraten und Pazifisten in der außerparlamentarischen Opposition zusammen. Sichtbarer, gut gelaunter und selbstbewusster Widerstand auf öffentlichen Plätzen hinterfragt die Folgsamkeit, dämpft die Resignation und ermutigt die Opposition. Da geht noch was.